

Schwarz-gelbes Sparpaket mit starker sozialer Schieflage

Konsolidieren mit Kompass – darauf kommt es an

Schwarz-Gelb in der Sackgasse

Die schwarz-gelbe Koalition und das System Merkel haben bisher versagt. Haltlose Steuersenkungsversprechen, von denen Gutverdiener und Vermögende am meisten profitieren würden; eine Gesundheitsreform, die mit Einführung der Kopfpauschale Milliardenkosten für den Steuerzahler gebracht und Millionen Menschen zu Bittstellern gemacht hätte – das waren die „Projekte“ von Schwarz-Gelb im Herbst 2009.

Wir haben von Anfang an gesagt: Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP hat ein eindeutig bestimmtes Verfallsdatum. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010. Und genau so ist es gekommen: Nach den Wahlen wurden die Steuerentlastungsversprechen beerdigt. An ihre Stelle sind jetzt massive Einschnitte für

Arbeitslose und Familien getreten. „Mehr Netto vom Brutto“ lautete das zentrale Wahlversprechen von Merkel und Westerwelle. Fakt ist: Mit Schwarz-Gelb wird die Mehrheit der Menschen am Ende weniger haben. Gebühren und Abgaben werden erhöht, Leistungen gekürzt. Die Nettolüge nimmt ihren Lauf.

Auf Vernebelung folgt Planlosigkeit

Monatelanges Taktieren, Ausweichen und Vernebeln von Entscheidungen – das sind die Kennzeichen des Systems Merkels. Die Wahlprogramme der Regierungsparteien sind überholt. Der Koalitionsvertrag ist obsolet. Die Bundesregierung schlingert ohne Projekt und Programm, ohne Orientierung und ohne Ordnung in die Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 und in die Finanzplanung bis 2014. Vor dem Hintergrund der

Wilde Sparbeschlüsse im Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Kürzungen im Verkehr, beim Städtebau und in der Stadtentwicklung haben Auswirkungen auf die komplette Volkswirtschaft, auf mittelständische Handwerker, auf Städte und Gemeinden und nicht zuletzt auf jeden einzelnen Bürger in unserem Land. Insgesamt zeichnet sich ein Sparvolumen für die nächsten fünf Jahre von rund neun Milliarden Euro ab. Vier Milliarden fehlen allein für Investitionen in die Infrastruktur. Das trifft jeden einzelnen Wahlkreis beim Bau von Verkehrsprojekten. Wir haben hier zwei weitere Beispiele herausgegriffen, die unmittelbar vor Ort sichtbar werden.

Halbierung der Städtebauförderung

Mit der Halbierung der Städtebauförderung riskiert die Bundesregierung eine Verschärfung der sozialen Spaltung in den Städten und Gemeinden. Das bedeutet, dass in den kommenden Jahren keine neuen Gebiete in die Förderung aufgenommen werden können. Laufende Projekte werden gestreckt oder müssen abgebrochen werden. Statt den Erfolg der Projekte durch verlässliche Förderung längerfristig zu sichern, lässt die Bundesregierung die Kommunen im Regen stehen,

wenn es um die Bewältigung der Folgen von wirtschaftlichem und demografischem Wandel und die Herausforderung der Integration geht. 153 der bisher geförderten 571 Stadtgebiete im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ liegen im ländlichen Raum. Schon im Haushalt 2010 wurden die Programme der Städtebauförderung gekürzt. Die Länder erhalten dieses Jahr nur noch 535 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen gegenüber 569 Millionen Euro 2009. Nach der Ankündigung des Ministers, die Programmmittel der Städtebauförderung zu halbieren, ist klar, dass eine sozial ausgewogene Stadtentwicklungspolitik auf der Prioritätenliste der Regierung ganz hinten steht.

Halbierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms

Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm werden nachhaltige Impulse für den Klimaschutz und für die Baukonjunktur gesetzt. Schwarz-Gelb will die Förderung halbieren. Bereits im aktuellen Bauhaushalt war für 2011 eine Kürzung der Mittel von 1,5 Milliarden Euro auf 879 Millionen Euro vorgesehen. Diese Summe wird nun erneut halbiert. Das kostet Arbeitsplätze im Baubereich, verhindert eine klimagerechte Sanierung von Gebäuden und belastet Wohnungsunternehmen.

Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger/innen und weitere Kürzungen

Geht es nach der schwarz-gelben Regierung, dann soll der Sockelbetrag des Elterngeldes von 300 Euro für Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II (ALG II) gestrichen werden. Es sei laut Schwarz-Gelb analog zur Regelung beim Kindergeld vertretbar, künftig kein Elterngeld für ALG-II-Bezieher/innen vorzusehen. Von dieser Einsparung erhofft sich Schwarz-Gelb 400 Millionen Euro pro Jahr.

Diese Entscheidung bedeutet 3.600 Euro weniger pro Jahr für rund 130.000 betroffene Familien, darunter 47.000 Alleinerziehende. Unter ihnen 46.500 Frauen. Union und FDP streichen die Komponente, mit der die SPD für die soziale Ausgewogenheit beim Elterngeld gesorgt hatte. Schwarz-

Gelb schafft dadurch eine neue soziale Schieflage. Denn die Gattin eines gutverdienenden Rechtsanwalts, die vor der Geburt nicht erwerbstätig war, erhält weiterhin den Sockelbetrag von 300 Euro. Geradezu zynisch ist Familienministerin Schröder, die behauptet durch die Streichung der 300 Euro für ALG-II-Bezieher/innen, einen Anreiz zu schaffen, zu arbeiten.

Auch die Kürzung des Elterngeldes für sog. Normalverdienende ist sozial höchst ungerecht, denn es soll von 67 Prozent auf 65 Prozent des Nettoeinkommens gesenkt werden. So will die schwarz-gelbe Regierung 200 Millionen Euro zu Lasten von 200.000 Eltern einsparen. Der Höchstbetrag von 1.800 Euro für Gutverdienende mit mehr als 2.770 Euro netto soll jedoch bestehen bleiben.

schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der bundesdeutschen Geschichte befindet sich Deutschland im Regierungschao und verspielt seinen Ruf als verlässlicher Partner in Europa.

Am 7. Juni 2010 hat die Bundesregierung ein Papier zur Haushaltspolitik vorgestellt, das als großer Wurf angekündigt worden war. Und eine heftige soziale Schieflage und eine Reihe von Luftbuchungen birgt. Die wesentlichen Punkte sind:

Staatliche Einnahmen zu Lasten der Wirtschaft

- Abschaffung von Energiesteuervergünstigungen im Umfang von einer Milliarde Euro in 2011 und jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Folgejahren.
- Eine nationale Abgabe auf den Luftverkehr für alle Passagiere, die von deutschen Flughäfen starten, im Umfang von einer Milliarde Euro jährlich.
- Eine neue Steuer für die Atomwirtschaft im Umfang von 2,3 Milliarden Euro jährlich.
- Zahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bundeshaushalt im Umfang von 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel fehlen der DB AG für wichtige Infrastrukturinvestitionen.
- „Beteiligung“ der Banken ab 2012 im Umfang von 2 Milliarden Euro jährlich.

Harte Einschnitte zu Lasten von Arbeitslosen und Familien

- Umwandlung von Pflichtleistungen für Arbeitslose in Ermessensleistungen mit Einschnitten von 2 Milliarden Euro in 2011, 4 Milliarden in 2012 und jährlich 5 Milliarden Euro ab 2013 –

insgesamt 16 Milliarden Euro bis 2014. Das bedeutet Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage.

- Streichung des befristeten Zuschlags auf das Arbeitslosengeld II mit Einschnitten von 200 Millionen Euro jährlich.
- Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose mit Einschnitten von 1,8 Milliarden Euro jährlich.
- Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger – 2009 auf unsere Initiative eingeführt – mit Einschnitten von 100 Millionen Euro jährlich. Das Streichen trifft vor allem Rentner und Geringverdiener. Nun werden viele Betroffene wieder Gelder nach ALG II beantragen.
- Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für Arbeitslose mit Einschnitten von 400 Millionen Euro jährlich.
- Absenkung des Elterngeldes mit Einschnitten von 200 Millionen Euro jährlich.

Darüber hinaus werden Kürzungen im öffentlichen Dienst und die Streichung von 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung angekündigt. Auch eine „Streitkräftereform“ wird mit Einsparungen von 2 Milliarden Euro ab 2013 veranschlagt. Allgemein wird angekündigt, dass der steuerliche Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit vollständig gestrichen wird.

Die Dimension des Konsolidierungsbedarfs

Es geht bei den anstehenden haushaltspolitischen Entscheidungen nicht nur um den Haushalt für das kommende Jahr 2011. Maßgeblich für Erfolg oder Scheitern ist, welche Weichenstellungen getroffen werden, um den bis 2016 kontinuierlich aufwachsenden Konsolidierungsbedarf zur Rückführung des strukturellen Haushaltsdefizits auf den Weg zu bringen. Vor allem ist daher das Augenmerk auf die Finanzplanung bis 2014 zu richten.

Zusätzlich ist zu beachten, dass nicht nur der Bund, sondern auch viele Länder und Gemeinden in Deutschland vor gewaltigen Finanzierungslücken stehen. Die Vorgaben der Schuldenbremse sowie des Europäischen Stabilitätspakts sind in den kommenden Jahren zu beachten: Allein 2009 betrug das Defizit der Kommunen 7,7 Milliarden Euro (-17 Prozent gegenüber 2008). Für 2010 wird ein Defizit von 9 Milliarden Euro erwartet – herbeigeführt auch durch die Maßnahmen der Koalition, welche die Gewerbesteuer geschwächt haben. Hinzu kommen massive Konsolidierungsnotwendigkeiten auf Länderebene: Die Schuldenbremse verlangt, dass die Länder in Zukunft keinerlei Neuverschuldung mehr aufweisen! Für die SPD ist klar: Gerade auch auf diesen bürgernahen Ebenen unseres Gemeinwesens darf es nicht durch übermäßige Sparauflagen oder Lastenverlagerungen vom Bund zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit kommen.

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass – für eine neue Ordnungspolitik

Der anspruchsvolle Weg zu einer dauerhaft tragfähigen Konsolidierung ist nur mit einer atmenden

Fiskalpolitik zu beschreiten: Das enge ideologische Korsett einer überholten Wirtschaftstheorie ist abzulegen. Einseitige Einschnitte in die öffentlichen Haushalte zu Lasten schwächerer Gruppen in der Gesellschaft und drastische Kürzungen mit schockartigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führen nicht zum Ziel. Aber auch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sind kein dauerhaft wirksames Mittel.

Eine umfassende Konsolidierungsstrategie in Zeiten einer dramatischen Finanz- und Vertrauenskrise muss drei Dimensionen zusammenführen:

1. Ein neuer Lastenausgleich: Steuerliche Privilegierung einzelner Gruppen oder Einkommensarten, bestimmter Unternehmen, Erben, Hoteliers, Begünstigung von oberen Einkommensgruppen, Subventionen mit ökologisch, ökonomisch und sozial zweifelhaften Wirkungen, die Haftungsfreistellung von unternehmerischen Entscheidungen zu Lasten des Staates, die Sanierung von Banken und Kapitalmarktakteuren auf Kosten des Steuerzahlers – all dies zerstört nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern auch das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Lastenverteilung. Gerade jetzt brauchen wir einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Wohlhabende und Vermögende aber stärker für das Gemeinwohl in die Pflicht nimmt; der die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen zurückführt und Kapitalmarktakteure an den Kosten der Krise und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden.

Wege in den Schuldenstaat

Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland

Schuldenstand im Verhältnis zum BIP in %



2. Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand:

Damit der Staat trotz Rückführung der Verschuldung handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben zurückführen und Einnahmen verbessern. Einsparungen sind mit Vorrang bei Klientelgeschenken, Privilegien und Subventionen zu realisieren. Einnahmeverbesserungen sind hauptsächlich dort zu realisieren, wo heute noch große Gewinne und Einkommen mit geringen Steuerbelastungen einhergehen.

3. Zukunftsinvestitionen und neues Wachstum:

Atmende Fiskalpolitik heißt, über Investitionen und nachhaltiges Wachstum auch die staatlichen Haushalte zu stabilisieren. Haushaltspolitik muss eine Wachstumsstrategie beinhalten. Dazu gehören ein Impulsprogramm für unternehmerische Investitionen, die Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung, die finanzielle Stabilisierung der Kommunen für ihre Aufgaben bei Infrastrukturmodernisierung und öffentlichen Dienstleistungen. Der Binnenmarkt in Deutschland muss vom Bremsklotz zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Europa werden. Das geht nur mit einer höheren Beschäftigungsquote, mit besseren Löhnen und Einkommen für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wissen, zum Teil auch aus der leidvollen Erfahrung der Vergangenheit, dass eine in zu engem Korsett gefangene Sparpolitik, die es nicht vermag, gleichzeitig das zur Verbesserung der Defizit- und Schuldenstandsquote nötige Wachstum zu sichern, kaum von Erfolg gekrönt sein wird. Wir fordern deshalb trotz des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs einen Rettungsschirm für die Kommunen, um deren Investitionskraft auch nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II zu stabilisieren. Wir fordern eine deutliche Anhebung der Bildungsausgaben als notwendiges Fundament zukünftigen Wachstums in Deutschland. Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden.

Erste Schritte dazu sind aus unserer Sicht:

- Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen: Die von Schwarz-Gelb unter anderem im sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ für Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft: Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbes-

serungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atommülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.

- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns: Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer/innen erhöhen. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro), Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).
- Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten. Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund 12 Milliarden Euro.
- Stärkere Beteiligung großer Einkommen und hoher Vermögen. Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.